

- ▶ Kolumne
- ▶ Finanztransaktionssteuer

Seite 1

- ▶ Binnenmarktakte
- ▶ Verbraucherrechte-Richtlinie

Seite 2

- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine
- ▶ Aufgelesen
- ▶ Impressum

Seite 4

Lieber Leser, Liebe Leserin,


wir alle sind von den Bildern erschüttert, die uns aus Japan erreichen. Eines der modernsten Länder der Welt kämpft mit primitiven Mitteln gegen eine nach wie vor drohende Verschärfung der Atomkatastrophe.

In Europa sind wir nicht besser auf solche Ereignisse vorbereitet. Das so genannte Restrisiko ist wesentlich höher als vermutet. Schon lange warne ich davor, durch blinden Fortschritts- und Technikglauben die möglichen Konsequenzen und Gefahren neuer Technologien aus den Augen zu verlieren.

Technologien können nur so gut sein wie ihr Erfinder: der Mensch. Und Menschen machen nun mal Fehler. Dies gilt sowohl für die Kernspaltung wie auch für die Gentechnik. Viel zu schnell werden potenzielle Risiken vernachlässigt oder klein geredet, wenn durch eine Neuerung Gewinnsteigerungen zu erwarten sind.

Reine Wirtschaftlichkeit und Effizienz dürfen aber nicht der Maßstab sein an dem wir den Erfolg neuer Technologien messen. Ethische Grundsätze und das Vorsorgeprinzip sind es, die unser Handeln prägen sollten.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre




Frauenempfang der ASF Unterfranken in Würzburg zur Feier des 100-jährigen Jubiläums des Weltfrauentags.

Finanztransaktionssteuer ein Meilenstein bei der Bekämpfung gefährlicher Spekulationen

Mit einer überzeugenden Mehrheit hat das Parlament in Straßburg am 8. März die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach einer Finanztransaktionssteuer angenommen. Noch eine Woche zuvor hatte sich bei einer Abstimmung im Wirtschaftsausschuss des Parlaments eine blockierende Mehrheit von Konservativen und Liberalen gegen eine solche Steuer ausgesprochen.

Am 8. März jedoch gelang es den progressiven Kräften in der europäischen Volksvertretung ihre Forderung durchzusetzen.

„Ich bin erfreut und erleichtert über diese Entscheidung“ sagte Evelyne Gebhardt im Anschluss an die Abstimmung und zeigte sich überzeugt, „dass auf diesem Weg die Spekulationen eingeschränkt werden können und Anreize für langfristige Investitionen geschaffen werden“.

Schon lange wird über die Einführung einer solchen Abgabe gestritten, nun endlich hat sich das Parlament klar dafür ausgesprochen. Es ist jetzt an der EU-Kommission, dem von den Abgeordneten aufgebauten moralischen Druck zu entsprechen und

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

weitergehende Schritte einzuleiten. „Das Parlament als Stimme der Europäischen Bürger und Bürgerinnen muss ernst genommen werden, die EU-Kommission kann sich einer Finanztransaktionssteuer nun nicht mehr verschließen“, ist sich Evelyne Gebhardt sicher.

„Die Verursacher der Finanzkrise haftbar zu machen ist überfällig, wir müssen für die Zukunft sorgen und dürfen uns nicht mehr von der Finanzbranche vorführen lassen“, gibt sich die Hohenloherin weiterhin kämpferisch und fügt an, „dass Europa als größtem Finanzplatz der Welt eine Vorbildfunktion zukommt“. Die Forderung einer globalen Transaktionssteuer lässt sich zwar noch schwer umsetzen, doch muss Europa mit gutem Beispiel vorangehen, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und einer weltweiten Lösung Vorschub zu leisten.

Hintergrund:

Der von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegte Bericht über innovative Finanzierungsmöglichkeiten auf globaler und europäischer Ebene schlägt für die Finanztransaktionssteuer einen Steuersatz zwischen 0,01 % und 0,05 % vor. Weiterhin ist eine breite Steuergrundlage, die alle Arten von Transaktionen umfasst vorgesehen, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden und eine Verlagerung in weniger regulierte Teile des Finanzsektors verhindert wird. Klar definierte Ausnahmen und Schwellenwerte sollen die Erfordernisse von Privatanlegern und Kleinanlegern berücksichtigen.

Eine Binnenmarktakte ohne sozialen Bezug ist nicht akzeptabel

Konservative und Liberale verneinen die soziale Dimension des europäischen Binnenmarkts. Als „enttäuschend auf ganzer Linie“ bezeichnete daher Evelyne Gebhardt, SPD-Europaabgeordnete und Koordinatorin der S&D-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, das Abstimmungsergebnis über die Berichte zum Kommissionsvorschlag für einen Aktionsplan zur Wiederbelebung des europäischen Binnenmarkts am Mittwoch 16. März im Ausschuss des Europäischen Parlaments.

„Ich bedauere sehr, dass für meine Fraktion eine Zustimmung nicht möglich war. Umso mehr, als im Kommissionsvorschlag durchaus richtige Ansätze zu erkennen waren, die wir durch eine klare Position im Europäischen Parlament gerne gestärkt und weiterentwickelt hätten“, erklärte Evelyne Gebhardt. „Insbesondere die Tatsache, dass die bereits an anderer Stelle vom Parlament eingeforderte Sozialklausel in den Berichten überhaupt keine Erwähnung findet, ist für uns jedoch nicht hinnehmbar“, erläuterte sie weiter.

„Die soziale Dimension des Binnenmarktes ist eine fundamentale Voraussetzung dafür, dass die Europäische Union bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Akzeptanz findet. Daher müssen wir die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und dafür Sorge tragen, dass in ganz Europa die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Leider zeigt die heuti-

ge Abstimmung einmal mehr, dass Konservative und Liberale dies immer noch nicht begriffen haben“, kritisierte Evelyne Gebhardt.

Selbstverständlich wird sich die sozialdemokratische Fraktion auch weiterhin in konstruktiver Weise für die Stärkung sozialer Aspekte in der Binnenmarktakte einsetzen: „Wenn EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier sich für die Realisierung der im Lissabon-Vertrag festgeschriebenen Sozialklausel und den Schutz der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse stark macht, so kann er sich des Rückhalts der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sicher sein“, so Evelyne Gebhardt abschließend.

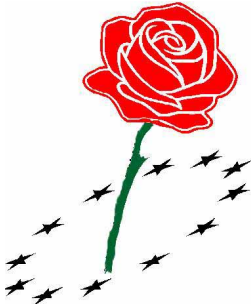
Hintergrund:

Am 27. Oktober 2010 stellte die EU-Kommission einen Aktionsplan, die sogenannte Binnenmarktakte, vor. Dieser enthält 50 Maßnahmen zur Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes. Gemeinsam mit den Regierungen der Mitgliedstaaten, dem EU-Parlament und Vertretern der Zivilgesellschaft will die EU-Kommission auf einen Abschluss der Maßnahmen bis Ende 2012 hinarbeiten.

Sozialdemokraten setzen Verbesserungen in der Verbraucherrechte-Richtlinie durch

„**D**as ist für uns ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zu einer Richtlinie, die ihrem Namen auch gerecht wird und tatsächlich die

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

Rechte europäischer Verbraucher und Verbraucherinnen schützt", freute sich Evelyne Gebhardt über das Abstimmungsergebnis zur Verbraucherrechte-Richtlinie im Plenum des Europäischen Parlaments am Donnerstag den 24. März in Brüssel. „Es hat sich ausgezahlt, dass wir als sozialdemokratische Fraktion den unzulänglichen Entwurf im Binnenmarktausschuss abgelehnt und uns weiter unermüdlich für eine Verbesserung des Verbraucherschutzniveaus eingesetzt haben“, so Evelyne Gebhardt weiter, die als sozialdemokratische Verhandlungsführerin das zur Plenarabstimmung eingebrachte Kompromisspaket ausgehandelt hat.

Während der Text, der Anfang Februar im Binnenmarktausschuss mit den Stimmen von Konservativen und Liberalen angenommen wurde, an zahlreichen Stellen zu einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes in den Mitgliedstaaten geführt hätte, konnte Gebhardt zuletzt doch noch entscheidende Verbesserungen durchsetzen und so eine Zustimmung der Sozialdemokraten bei der Abstimmung im Plenum ermöglichen. „Der entscheidende Erfolg ist, dass es uns gelungen ist, die Mindestharmonisierung zur Grundlage der Richtlinie zu machen. Darüber hinaus haben wir die Informationspflichten gegenüber dem Verbraucher stärken können, elektronische Produkte in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufgenommen und die Dauer von Verträgen auf maximal zwölf Monate begrenzt“, stellte sie zufrieden fest.

Nachbesserungsbedarf am breit

ausgehandelten Kompromisspaket bestünde nach Ansicht der SPD-Abgeordneten aber weiterhin. „Wir hoffen, dass wir auch an den verbleibenden kritischen Punkten noch Verbesserungen für die Verbraucher und Verbraucherinnen in der EU herausholen können. Daher hat meine Fraktion dem Antrag des Berichterstatters auf Rückverweisung des Berichts in den Ausschuss zugestimmt“, erklärte Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Die neue Verbraucherrechte-Richtlinie soll die bisherigen Richtlinien zu Haustürgeschäften, Vertragsklauseln, Fernabsatz und Verbrauchsgüterkauf zusammenfassen und die derzeitigen unterschiedlichen Regelungen der Mitgliedsstaaten im Verbraucherrecht reformieren. Das Europäische Parlament hat in seinem Bericht zahlreiche Veränderungen gegenüber dem auf umfangreiche Vollharmonisierung ausgerichteten Vorschlag der Europäischen Kommission beschlossen.

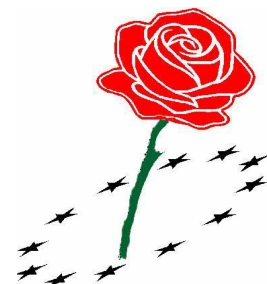
Mehr gemeinsame Wirtschaftspolitik Sozialdemokraten fordern langfristige Stabilisierung der Eurozone

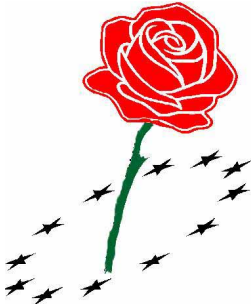
„Die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs, einen permanenten Krisenmechanismus zu etablieren, ist richtig. Sie kommt allerdings ein ganzes Jahr zu spät. Hätte Bundeskanzlerin Merkel Europa nicht mit ihrem Zick-Zack-Kurs ausgebremst, wäre die Eurozone heute in einer besseren Verfassung“, stell-

te der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann, mit Blick auf die Beschlüsse des EU-Gipfels fest.

Nach Einschätzung des Wirtschaftsexperten wird der neue Krisenmechanismus nicht ausreichen, um die Eurozone langfristig zu stabilisieren. „Europa braucht eine echte Verzahnung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken mit dem Ziel, Zukunftsinvestitionen zu fördern“, betonte Udo Bullmann. Dazu zählten unter anderem mehr Anstrengungen bei Bildung, Forschung und nachhaltiger Energiegewinnung. Außerdem müsse ein System zur Ausgabe von Euroanleihen für einen begrenzten Teil der Staatsschulden eingerichtet werden.

Völliges Unverständnis zeigte Udo Bullmann für das Verhalten der konservativen Opposition in Portugal. Mit ihrem Nein zu weiteren Sparanstrengungen hatte sie die sozialdemokratische Minderheitenregierung zum Rückzug gezwungen. „Während EU-Kommissionspräsident Barroso in Brüssel immer neue Spariktate erlässt, stürzt seine eigene Partei daheim eine Regierung, die genau diese Vorgaben umsetzt. Das ist unverantwortlich. Portugal wird völlig unnötig in einer Zeit geschwächt, in der es Stärke zeigen muss“, so der SPD-Europaabgeordnete.





Wegweiser Europa

Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht

Welche Formen der Diskriminierung gibt es überhaupt? Wer ist nach europäischem Diskriminierungsrecht geschützt? An wen können sich Betroffene wenden? Das Handbuch, herausgegeben von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ist die erste umfassende Einführung in das Europäische Antidiskriminierungsrecht. Das Handbuch steht auf der Seite der FRA kostenlos als Download bereit:

fra.europa.eu/fraWebsite/media/pr-210311_en.htm

Jahresbericht „Raus von zu Haus“

Freiwilligendienste, Jobs und Praktika in Europa, Einsatzstellen in den USA sowie Mittel- und Südamerika—mehr als 49.000 Interessierte konnten Eurodesk Deutschland und seine regionalen Servicestellen über Mobilitätschancen und Fördermöglichkeiten im Ausland informieren. Am meisten fragten Abiturienten und Abiturientinnen nach, doch auch 13 Prozent Haupt- und Realschüler/innen und zehn Prozent Jugendliche mit abgeschlossener Berufsausbildung interessierten sich für einen Auslandsaufenthalt. Auch im Internet informiert Eurodesk über Angebote und gibt hilfreiche Tipps für Interessierte:

www.rausvonzuhause.de

Terminhinweise

5. April 2011

Was? Besuch von Schülern und Schülerinnen des Gymnasiums St. Michael SHA im Europäischen Parlament

Wo? Straßburg

6. April 2011

Was? Besuch einer offiziellen Besuchergruppe der SPD Baden-Württemberg im Europäischen Parlament.

Wo? Straßburg

8. April 2011

Was? Vortrag beim Lions Club über die Arbeit im Parlament

Wo? Heilbronn

9. April

Was? SPD Landesvorstand

Wo? Stuttgart

10. April, 20 Uhr

Was? Gedenkveranstaltung „Die Männer von Brettheim“

Wo? Brettheim,

11. April

Was? Parteivorstandssitzung

Wo? Berlin

14. bis 16. April

Was? Klausurtagung der SPD-Gruppe

Wo? Bratislava

1. Mai

Was? DGB „Fest der Vielfalt“ gegen rechts

Wo? Heilbronn

6. Mai, 12.00 Uhr

Was? Preisverleihung des Europäischen Schülerwettbewerbs Hohenlohe

Wo? Landratsamt Künzelsau

6. Mai, 18.30 Uhr

Was? „Europa Bewegungstag“ der Landfrauen

Wo? Wolpertshausen

7. Mai, 10.30 Uhr

Was? Treffpunkt Europa

Wo? Kiliansplatz Heilbronn

Aufgelesen

„Ein SPD-Chef, der einen Ministerpräsidenten nach dem anderen verliert, wäre längst vom Hof gejagt worden. Nicht so Angela Merkel.“

Günther Hartwig kommentiert für die Südwestpresse das „gewagte Spiel“ der Kanzlerin.

Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kempel

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Mai 2011.